

Zukunfts-Konvent

Engelbert Weissenbacher
Graz 2003-10-05

A)	Einleitung:	3
B)	Umverteilung:	3
	1) Sozialer Friede:	3
	2) Wer ist reich und wer arm:.....	4
	3) Entlohnungspolitik:	4
	4) Staatspension:.....	5
	5) Offenlegung der Jahresabschlüsse:	7
	6) Wirtschaftliches Scheitern eines Unternehmers; Insolvenzrecht:	8
	7) Arbeitsmarkt	8
	8) Gesundheitswesen:	9
	9) Verwaltungsreform:	9
	10) Zukunftskriminalität ins Strafgesetz (lt. Der Chaos-Schock v. Mittelstaedt).....	10
C)	Umweltmaßnahmen:	11
	1) Geisteshaltung, Bewusstseinsbildung:	11
	2) Technische Umweltmaßnahmen:	12
	2.1) Energiegewinnung aus Licht und Sonne	12
	2.2) Kleinere Autos	12
	2.3) Elektrische Kleinfahrzeuge	13
	2.4) Wasserschutz.....	13
	2.5) Luftschutz, Luftverschmutzung.....	13
	2.6) Verkehr.....	13
	2.7) Schutz der Biosphäre	14
D)	Globalisierung	14
E)	An unsere Nachkommen.....	14
	1) Allgemeines.....	14
	2) Völkerwanderung	16
F)	Medien	16
G)	Arbeiter und Angestellte und Unternehmer	17
H)	Bargeldlose Gesellschaft	19
I)	Schlussbemerkung	21

Im Hinblick einer Neugestaltung unserer (soziologischen) Umwelt via Konvent habe ich als einfacher Bürger dazu auch einige Gedanken die ich hiermit kundgebe. Unser Bundes-Präsident hat mich bei seiner Rede am Tag der Verfassung dazu ermuntert, wie er meinte, dass die Bedürfnisse und Ideen der Bürger ernst genommen werden sollen weil die Bürger damit auch leben müssen.

A) Einleitung:

Folgende Ideen setzen einen Paradigmenwechsel in fast allen Lebensgewohnheiten unserer Gesellschaft voraus.

Eine moderne Demokratie sollte in Zukunft einen aus Soziologen bestehenden Weisenrat für schwierige Situationen im Hinblick gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Steuerungen haben. Derzeitige Konstellationen (Regierung versus Opposition) schaffen turbulente Situationen nicht alleine. Jede Partei sucht für sich die Wählergunst, das daraus entstehende Verhaltensmuster ist für rasche Steuerungen, die in Zukunft notwendig werden, zu träge. Unterschiedliche Interessensvertretungen der einzelnen Parteien und deren Politik lähmen notwendige ökologische, in Folge ökonomische Reformen. Ein Weisenrat soll den Regierungen beigelegt werden.

Bei allen Bestrebungen für eine bessere Zusammenführung der Länder, Kulturen, Systeme und Menschen via Konvent, soll in diesem der soziale Aspekt die wichtigste Rolle einnehmen. Einem Staatskonvent sollen soziale Aspekte zugrunde liegen.

Alles was aus humanitärer Sicht erreichbar wäre, wird letzten Endes aus der sozialen Zufriedenheit der Menschen und Bürger abhängen. Der Grundstein aller Konvent wird die soziale Sicherheit sein.

Eines der Hauptziele ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auf jede wirtschaftliche, soziale und ökologische Veränderung jederzeit, sofort und human reagiert werden kann. Die Friedensfortführung und Wohlstandserweiterung auf alle Gruppen der Gesellschaft wird unterstellt und ist unantastbar.

Die Bürger müssen ihre Basisbedürfnisse (Arbeit, Wohnung, Kleidung, Essen, Information, Bildung, Fortbewegung) befriedigen und an kulturellen Genüssen maßvoll teilhaben können. Die Bürger sollen das Gefühl bekommen, dass sie in ihrer Heimat lebenswert leben. Politiker und Andere (Wirtschaftsbosse) sollen hiermit wissen, dass die Bürger derzeit mit der Handhabe der Macht nicht zufrieden sind, es ist beängstigend wie Macht und Geld in privilegierte Gruppen gehalten werden und zum Nachteil der Anderen gehandhabt werden.

B) Umverteilung:

1) Sozialer Friede:

Um einen sozialen Frieden immerwährend zu erhalten, muss ein Regelwerk der Umverteilung geschaffen werden. In wirtschaftlich schlechteren Zeiten, in Zeiten der Stagnation, der Rezession oder im Wertewandel, muss immer eine gesundheitliche Versorgung, eine ausgewogene Arbeitsmarktpolitik und eine entsprechende Altersversorgung gewährleistet werden, es versagt die totale freie Marktwirtschaft. Friede wird oft nur mit einer gezielten Umverteilung von Reich nach Arm erhalten und erreicht werden können. Die so genannte Investitionspolitik – immer dann wenn die

Wirtschaft stagniert werden Investitionen getätigt oder Staatsinvestitionen vorgezogen – ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Bedenke man die Rückkopplungsschleifen, wo zwar bei Investitionen die Beschäftigung kurz steigt, nach einer Investition werden Rationalisierungsinvestitionen getätigt und mit dieser langfristig Stellen abgebaut. Es sinkt somit mit jeder (Rationalisierungs-) Investition langfristig die Beschäftigung. Eine Umverteilung der verbleibenden Arbeit ist notwendig und soll in einer modernen Gesellschaft verwirklicht werden.

2) Wer ist reich und wer arm:

2.1) Reich im Sinne der Umverteilungslogik ist jemand, der über den Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen liegt, ebenso alle Vermögensbesitzer, mitunter Vermögensverfüger, die über dem Durchschnittsvermögen der Bürger liegen.

2.2) Arm im Sinne dieser () ist, wer weit unter diesen Durchschnitten liegt.

3) Entlohnungspolitik:

Jedes Einkommen sollte einer volkswirtschaftlichen Leistung unterliegen. Menschliche „Leistung“ setzt sich aus Arbeit, Bildung, Können, Begabung, Eignung und Zeit zusammen. Diesen Größen sind unterschiedliche - der Leistung unterworfenen - Warenkörbe ableitbar. Ein mehr als 4-facher Netto Warenkorb – branchenübergreifend - lässt sich aus dem Leistungsbegriff nicht ableiten. Die Gehaltsunterschiede in der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich sind demnach unlogisch.

Die Besteuerung sollte auf eine Personenbesteuerung umgestellt werden, große Einkommen sollen progressiv besteuert werden, eine Obergrenze von 50% bei der Besteuerung von großen Einkommen ist nicht wirklich gerecht. Gehälter, die über dem 4-fachen eines Netto-Mindestgehalts hinausgehen, sollten progressiv bis zu 90% ab dem 6-Fachen (personeneinkommensbezogen; z.B. bei Mehrfachbezügen) besteuert werden. Somit würden sich unlogische Gehaltshöhen für den Einzelnen nicht mehr rechnen, die gemeinsam freien erwirtschafteten Mittel bleiben für Investitionen und Forschungen - wiederum zur besseren Umverteilung - im Unternehmen. Ein Mindestgehalt von Netto 1.400 EUR bei einer 40 Stunden Woche, ein Mindestgehalt von Netto 1.000 EUR bei einer 20 Stunden Woche sollten gewährt werden. Die Brutto-Lohnsumme soll gleich bleiben, mitunter sinken, somit muss eine Umverteilung vom Besserverdiener zum Schlechtverdiener erfolgen.

Damit würde man der entgeltlichen Ämterkumulierung ein wenig entgegenwirken, ehrenamtlich und unentgeltlich jedoch jederzeit erwünscht. Daraus entstehen – aus der ehrenamtlichen Ämterflucht - wieder Arbeitsplätze, mit dem Vorteil, dass diese „Ämter“ und Tätigkeiten auch voll zum Wohle der Bürger wahrgenommen werden. Mehrfachbeschäftigungen (Ärzte in Kliniken und Privatsanatorien, 20-mal im Aufsichtsrat) werden nur oberflächlich wahrgenommen und sind von stress wegen ungesund, folglich gäbe es Einsparungen im Gesundheitswesen. Ärzte, Krankenkassen und Gesundheitsfarmen könnten sich dann mehr dem Vorbeugegesundheitswesen widmen, das ist gut für die Leistungskraft jedes Einzelnen, sodann wiederum gut für die Volkswirtschaft.

Hohe Managergehälter werden untereinander aus unterschiedlichen Motiven, mitunter dolosen, gegeben, geleistet können diese Gehälter nicht werden, auch mit hoher Verantwortung lässt sich das nicht begründen. Dass diese Gehälter gegeben werden hat sicher auch damit zu tun, weil uns die Evolution ein natürliches Schamgefühl dergestalt (noch) nicht mitgegeben hat, solange das nicht vorhanden ist, sollte ökonomisch

misch gemäßregelt werden. Abfertigungen und Entschädigungen sollen aus obigen Ethikvorstellungen mit 100.000.- EUR für jedermann, auch für jene mit bestehendem höherem Einzelvertrag, begrenzt sein, sodann ein Eingriff in bestehende Verträge. Manager der zweiten und dritten Ebene sollten mit einem 2-3-Fachen des Netto Mindestlohnes das Auslangen finden können. Der Höchststeuersatz sollte bei über dem 6-fachen des Netto-Mindestgehalts 90% betragen.

4) Staatspension:

Aufgrund ausgiebiger Diskussionen zur Pensionsreform macht sich auch der einfache Bürger Gedanken über diese Reform. Eine leistungsgerechte (-bezogene) Basispension soll im Konvent festgeschrieben werden. Zur Finanzierung müssen sich die Pensionsbeiträge aller im gleichen %-Anteil ihres Einkommens und der Vermögenszuwächse beziehen. Gemeint ist, dass ein %-Anteil vom Einkommen als Pensionsbeitrag für die Gesellschaft! abzuführen ist, ohne den Anspruch auf eine (Super) Pension aufgrund hoher Einzahlungen/Beiträge. Ein Großteil der Bürger (insbesondere Frauen) arbeitet um Niedriglöhne und sie tragen so zum Reichtum der Gutverdienenden direkt bei, weil die Güter - für die Armen und Reichen - gleich viel kosten, nur, die Kleinverdiener können sich ihr Gehalt nicht derart richten wie jene in höheren Positionen.

Es ist legitim und gerecht, dass der von den Klein- und Mittelverdienern in ihrer Aktivzeit aufgebaute, volkswirtschaftliche Aktiv-Goodwill mit einer ausreichenden Mindestpension von Netto 1.000 EUR vergütet wird. Durch die angestrebte Harmonisierung der Systeme wird sich budgetär auf lange Zeit nur eine staatliche Volkspension, mit viel geringeren Pensionsunterschieden ausgehen. Die leistungsbezogene Berechnung einer staatlichen Volkspension von Netto 1.000 bis 2.500 EUR soll ähnlich der derzeitigen ASVG Berechnung sein. Diejenigen welche die Netto 1.000 EUR nach dem ASVG-Modi nicht erreichen, soll der Aktiv-Goodwill aufgerechnet werden, bei jenen, die über Netto 2.500 EUR erreichen schleift sich ein Aktiv-Badwill ein, der die 2.500 EUR als Obergrenze festhält. Die Mindestpension von 1.000 EUR solle jedem gewährt werden der eine 40-jährige Aktivzeit (inklusive Ersatzzeiten) erreicht. Jene, die unter einer 40-jährigen Aktivzeit liegen und schlecht verdient haben, sollen Netto 900 EUR als Mindestausstattung erhalten.

Bestehende Betriebspensionen, Mehrfachpensionen, andere, sind in die „Volkspension“ aufzurechnen, demnach verringert sich die staatliche Pension in Höhe der (bestehenden) Betriebspensionen. In Zukunft wird das ein Aus der Betriebspensionen bedeuten, das ist (meinerseits) erwünscht. In Zeiten der Flexibilität sollten sich Unternehmen nicht mit derlei Privatvorsorgen herumschlagen müssen, jeder soll sich wirklich privat vorsorgen wenn er das zu seiner „Volkspension“ noch will. Es ist auch gerechter, weil Betriebspensionen zum Großteil nur in geschützten Bereichen gewährt werden, denke man an die Energieversorgungsunternehmen, an alle staats- und landesnahen Betriebe, Informationsgesellschaften wo der einzelne Bürger (auch der Mindestpensionist, Arbeitslose) über den Strom- oder Gaspreis die „Ansprüche“ (Pensionen, überhöhte Abfertigungen, Ruhe- und Versorgungsgenüsse!) der dort Beschäftigten (oder sogar der karenzierten Politiker) mitbezahlt. Der freie Jobzugang zu diesen Unternehmen ist nicht gegeben weil diese Stellen von den Begünstigten der dort Beschäftigten wieder besetzt werden oder aber auch für den Wiedereinstieg in die Wirtschaft ehemaliger Politiker freigehalten werden. Jene Ex-Politiker, die in solche Unternehmen wieder eintreten, würden dann in den Genuss der von ihnen vormals beschlossenen Betriebspensionsregelungen gelangen. Privatfirmen, insbe-

sondere Gewerbetreibende, Kleinbetriebe, kümmern sich nicht um eine Firmenpension ihrer Mitarbeiter. Aus dieser Sicht wird eine große Gruppe erhebliche Nachteile haben, wenn sich das Pensionssystem zum Teil auf die Betriebliche Vorsorge stützt, weil die staatliche Pension dadurch immer weiter abgebaut wird, jedoch die Vorsorgen via Betriebspension und/oder andere Modelle nur Wenigen zuteil wird, das ist ungerecht. Betriebspensionen und Versorgungsgenüsse! müssen in gemeinwirtschaftlich dienenden Unternehmen (Energieversorgungsunternehmen, alle staats- und landesnahen Betriebe, andere) aufgelöst werden, die Strom- und Gaspreise, andere, entsprechend dieser Auflösungen gesenkt werden.

Die bestehenden Pensionsansprüche, welche Kategorie immer (ASVG, Beamte, Politiker, andere) sollen demnach sofort (ohne Übergangszeit) auf diese Volkspension umgestellt werden. Es wird wenig Aufschrei geben, diejenigen die weniger als 1.000 EUR bekamen werden sich freuen, für den Großteil bleibt es gleich, jene die mehr als 2.500 EUR aus allen Ansprüchen - außer einer direkten Privatvorsorge – bekamen, sind im oberen Bildungsbereich und sie werden die Abschläge aufgrund ihrer geistigen Kapazität bewältigen, zumal von einer Rückzahlung der bislang - aus ethischer Sicht – zu üppigen Schöpfung aus dem Gemeinschaftsvermögen noch nicht diskutiert wird, so soll dieses auch als Beitrag zum Generationenvertrag dienen.

Alle darüber liegenden Pensionsbegehrlichkeiten müssen via eine Privatvorsorge angespart werden, dem derzeitigen Trend und politischen Willen sehr entgegenkommend, mögen recht viele mit gutem Beispiel vorangehen.

In der Pension sind irgendwie alle gleich, alle arbeiten nicht mehr aktiv und genießen ihre Freizeit. Aus deren Aktivzeit soll es durchaus eine Leistungsstaffelung geben, wie aber aus obigen ethischen Vorstellungen begründet, wären diese Pensionsunterschiede zu glätten. Wichtig ist, dass die Mindestpensionen immer auf einen Basis-Warenkorb der Grundbedürfnisse (Wohnung, Kleidung, Essen, Gesundheit, maßvoll Kultur, Information, Fortbewegung) der Pensionisten berechnet werden. Da sind Netto 1.000 EUR Mindestpension in unserem Land derzeit ein Gebot der Stunde, eine höhere Pension als 2.500 EUR (z.B. Beamte 10.000; Ex-Politiker 20.000 EUR oder mehr) ist ungerecht zumal Wirtschaftsposse nach dem ASVG-Modi auch nicht mehr als die ASVG Höchstgrenze (2.370 EUR) erhalten.

Es kann nicht sein, dass der Generationenvertrag erst mit dem Ableben der derzeitigen Pensionisten anerkannt und umgesetzt wird. Die Argumentation, dass von der derzeitigen Pensionisten-Generation Werte geschaffen wurden die den Jungen jetzt zur Verfügung stehen, und somit die derzeitigen hohen Pensionen gerecht sind, ist nicht zulässig weil unser Land von dieser Generation auch hoch verschuldet wurde und dieses von der Folgegeneration getragen werden muss. Die reinen Sparguthaben (Guthaben abzüglich Schulden) sind Großteils nur den Privilegierten zuzurechnen, der Abbau der Schulden muss von allen übrigen - von den minder Bemittelten - getragen werden, das ist ungerecht und berechtigt zum sofortigen Eingriff in bestehende Verträge betreffend Pensionen, Abfertigungen und sonstiger ungerechter üppiger Schöpfungen aus dem Volksvermögen.

An jene wenige, wo die Hausfrau dem Haushalt und der Kindererziehung zugeteilt war und kein eigenes Erwerbseinkommen hatte, soll mindestens per 2-Personen Haushalt Netto 1.450 EUR gereicht werden.

5) Offenlegung der Jahresabschlüsse:

Aufgrund der privaten Vorsorge über die Volkspension hinaus, müssen einher die Jahresabschlüsse von Mittleren und Großen Unternehmungen, Banken, Versicherungen, der Bundesabschluss, alle anderen, die der Privatvorsorge dienenden, besser und transparenter dargestellt werden. Der zur Privatvorsorge angehaltene Bürger muss die Möglichkeit haben in die Entwicklung dieser () einzusehen, das heißt, es müssen die operativen Ergebnisse, die bereinigten Vermögen, die tatsächlichen Schulden, in einer Mehrjahresdarstellung (4 Jahre Vergangenheit, aktuelles IST, Vorschau Year End, Vorschau auf 2-Folgebudget) gut und einfach verständlich ausgewiesen sein. Einen konkreten Beitrag dazu zeige ich dazu mittels beiliegender Excel-Datei; „Berichts- und Controlling Tool“, „Basel II gerechtes Berichtswesen“.

Transparenz und Offenheit betreffend die Jahresabschlüsse von Unternehmungen, Banken, Staatshaushalten sind ein Gebot der Stunde und zeitgemäß. Es ist für jeden Bürger der sich für Anlagen interessiert leichter, ein Unternehmen zu bewerten, leichter sich von einem Unternehmen, u. a. m. ein Bild zu machen, sodann leichter sich zu einer Entscheidung, welche Anlagen für ihn interessant sind, durchzuringen.

Dadurch wird die Unternehmenskultur nach innen und außen erheblich verbessert. Manager bekommen dann von ihren Mitarbeitern für Marktanpassungen mehr Verständnis wenn sie öfter Einschau in ihr Unternehmen erhalten und wenn sie sehen was SIE alle erwirtschaftet haben. Das wohl wichtigste sachliche Argument meines Beitrages (Basel II - Berichtswesen) ist die bessere Steuerung eines Unternehmens.

Das operative, betriebswirtschaftliche Wirtschaften verlor in letzter Zeit an Bedeutung. Mit dem Jahresabschluss ist/war die kaufmännische Arbeit oft erschöpfend getan, bezahlt wird aber immer öfter mit „überraschenden“ Firmenzusammenbrüchen, auch hinter Zusammenschlüssen verbergen sich oft abgewendete Zusammenbrüche. Wirtschaftsprüfer erhalten oft nur dann den Prüfungsauftrag wenn sie eine „richtige Bilanz schreiben“, das ist für unsere wirtschaftliche Zukunft ein unbefriedigender Zustand, sehe man doch die hohen Herausforderungen der kommenden Osterweiterung.

Eine erhöhte Transparenz und das Herausarbeiten und Offenlegen der operativen Ergebnisse wird von vielen derzeit Praktizierendem () abhalten. Die Unternehmen werden sich aufgrund der höheren Anforderungen Betriebswirte leisten (müssen), was zu ihrem eigenen Wohl, und zum Wohle des Staatshaushaltes (Steuerleistungen) beitragen wird. Wichtig ist mir noch anzumerken, Unternehmen (Manager) sind nach obigen Ausführungen aber keine Kriminelle, oft verleiten gesellschaftliche Zwänge zu dolosen Verhaltensweisen.

Dem Bürger oft unverständlich, schüttet heut zu tage eine Bank oder Versicherung an ihre „Eigentümer“ Gewinne aus. Eine Bank entstand zu Urzeiten aus dem Grund, dass Güter nicht gegen Güter und Dienstleistungen getauscht werden brauchten, sondern als „Zwischenhandel“ wurde das Geld erfunden. Geld hat nur eine Tauschfunktion und dient uns als Mittel des Leistungs- und Warentausches. Warum geben Banken, Versicherungen ihre „Zwischengewinne“ nicht wieder dem Volke mit besseren Kredit- oder Sparkonditionen, niedrigeren Prämien zurück? Wer sind diese „Ei-

gentümer“ und Nutznießer, ohne Beitrag von eigener Arbeit und Leistung? Das ist Vermögensraub am Volksvermögen.

6) Wirtschaftliches Scheitern eines Unternehmers; Insolvenzrecht:

Jedes Unternehmen kann in Schwierigkeiten geraten und in Konkurs gehen. Die derzeitige Rechtslage rechtfertigt ein „Wirtschaftliches Scheitern“, an sich eine wirklich gute Idee. Diese Idee wurde zweckentfremdend ausgehöhlt. Laut Kreditschutzverband gibt es viele Fälle vom vorsätzlichen Scheitern, wo das Privatvermögen (oft der Kinder und Ehefrauen) steigt und die Firma in Konkurs gebracht wird. Die Hausbanken geben aufgrund ihrer eigenen Unvorsichtigkeit dem Unternehmer einen „Stillen Ausgleich“. Es ist fatal wenn immer die Allgemeinheit für diese „Wertberichtigungen“ aufkommen muss, das ist Betrug an den Bürger.

Einen (Stillen) Ausgleich und einen Konkurs ab einer Schadenshöhe von EUR 30.000.- sollten unabhängige Gutachter, nicht die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, prüfen. Diese Gutachter sollen aus der Finanzmarktaufsicht (FMA) oder, wenn Unvereinbarkeit (z.B. bei Bankprüfungen, die FMA wird ja zum Teil von den Großbanken gesponsert, wie sollen diese ihre Geldgeber prüfen?) vorherrscht, vom Rechnungshof kommen oder von diesen bestellt werden. Denn nur diese beurteilen ein wo mögliches Vergehen des Unternehmers und der Haus-Bank in einem Vorgang neutral. Dazu wäre Basel II, mit einher ein aussagefähiges Berichtswesen (in erwähnter Mehrjahresdarstellung) sehr hilfreich.

Aus obigen Motiven (private Pensionsvorsorge (Bürgerschutz), Insolvenzen, usw.) bemühe ich mich bei mehreren Institutionen (EU Markt-F2, WK, FMA, KWT). Bislang wird dieser Vorschlag, diese Bemühung noch nicht aufgegriffen. Mag sein, dass es nicht im Interesse von Unternehmen, Kammern und großen Prüfgesellschaften liegt, sachlich und ethisch ist (wäre) es notwendig.

Denke man doch an die dem Bürger „politisch empfohlene“ Privatvorsorge, wenn dazu diese notwendigen Informationen dem Bürger vorenthalten werden, wenn bei einer Anlage aufgrund der fehlenden oder verschleierte Informationen der Kurs drastisch fällt und der Bürger sein gutes Geld verliert, dann könnte man aufgrund vorenthaltener gesetzlicher Regelungen, das verlorene Geld von Staat, mitunter über den Bürgerbeauftragten der EU einfordern. Zeitgemäßer wäre da schon eine gute Information.

Ich denke, dass alle Parteien diese an sich ethischen und christlichen Grundhaltungen zustimmen, es gibt nichts Christlicheres als ehrlich die Steuern zu zahlen und ehrlich zu wirtschaften, damit die Nächstenliebe auch entgeltlich den Bedürftigen zuteil werden kann. Ethisch ausgerichtete Institutionen (Caritas, Entwicklungshilfen, Sozialinstitute) kämpfen immer aussichtsloser um notwendige Mittel, das ist eine Schande.

7) Arbeitsmarkt

Arbeitslos zu sein ist demotivierend, vor allem wenn diese Zeit lange dauert. Auch Arbeit kann organisiert umverteilt werden ohne dass man marxistische Zustände beschwört. Eine kurze Arbeitslosigkeit schadet niemandem, sie dient zur Erholung und zur Fortbildung. Anzustreben wäre, dass in staats-, landes- oder sonstigen öffentlich nahen Unternehmen oder Institutionen bewusst Arbeitslose aufgenommen werden oder auch die Wochenarbeitszeit verkürzen und verteilen, um den sozialen Frieden

zu erhalten. Jene, die dem derzeit herkömmlichen Wirtschaftsleben im ethischen Gedankengut einige Generationen voraus sind, deswegen aber (oft organisiert) vom Arbeitsmarkt „ferngehalten“ werden, sollen dadurch eine Chance bekommen, wieder ins Erwerbsleben einzutreten. Es ist eine Frage der Zeit, bis Ethikauffassungen auch unternehmens-, institutions- und bündnisübergreifend Platz finden. Ethische Haltungen werden umso notwendiger, wenn wegen der Umweltveränderung unsere derzeitigen Sozial- und Ökosysteme einbrechen, diese Zeit des ökologischen, infolge ökonomischen Umbruchs stellen hohe soziologische Ansprüche, ethisch ausgerichtete Geister werden gefragt sein. Erlebe derzeit selbst so eine Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, ich frage mich, ob es zum organisierten Erfolg nur den unerklärlichen Misserfolg gibt, wäre Letzteres organisiert, wäre das eine gesellschaftliche und menschliche Katastrophe, davor habe ich Angst.

Wichtig ist, dass jene die arbeiten wollen und können eine entsprechende Arbeit oder Aufgabe bekommen, jene die können aber nicht wollen müssen dazu angehalten werden, jene die wollen aber nicht können müssen via Sozialsystem aufgefangen werden.

8) Gesundheitswesen:

Allen Bürgern steht die gleiche medizinische Versorgung zu, egal welcher Beitrag geleistet wurde.

Zusammenlegung aller Krankenkassen auf eine Kasse, gleiche Leistungsvergabe an alle Bürger. Daraus freiwerdenden Mittel in der Gesundheitsforschung verwenden.

9) Verwaltungsreform:

Aus der Grundregel „gleiches Recht für alle“ müssen die Landesgesetze (oder Bestimmungen) abgeschafft und in Bundesgesetze geschrieben werden. Die Bundesgesetze richten sich nach den EU Gesetzen, nur so ist eine EU-konforme Gesetzgebung bis hin zum Bürger gewährleistet.

Alle Sozialleistungen sollen Bundesangelegenheit werden und überall nach gleichem Modus (in Höhe, nach Marktumfeld) gewährt werden.

Im Hinblick immer knapper werdender Mittel wäre gegebenenfalls auch zu überlegen, die Länder, Gemeinden, Bezirke völlig aufzulassen, d.h. es gibt nur mehr einen Bundesstaat Österreich ohne Unterteilung in nur irgendwelche derzeitigen Landesgebiete, jedoch eingeteilt in Verwaltungsbezirke und Verwaltungsgemeinden. Es wäre auch eine Vorbereitung für die in Zukunft kommenden „Vereinigte Staaten Europa“, dieses kommt, das derzeitige Konglomerat von 25 Staaten mit mehr als 20 Sprachen wird sich nicht halten, da würde Europa wieder zerfallen.

Einteilung in drei Verwaltungsbezirke; Wien und Umgebung d. s. Wien, Niederösterreich, Oberösterreich also das „Donauland“, Bereich Süd mit Steiermark, Kärnten, Osttirol und Burgenland, Bereich West mit Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Abschaffung der derzeitigen Gemeinden, Umbenennung in Verwaltungsgemeinden, nicht unter 200.000 Einwohner. Per Verwaltungsbezirk maximal 5 Verwaltungsgemeinden, sind in Summe 15 Verwaltungsgemeinden. Aus den Landesregierungen (nunmehr Vertreter der Verwaltungsbezirke) setzt sich der zukünftige Nationalrat mit 150 Mitgliedern (15 mal 10) zusammen. Abschaffung des jetzigen Bundesrates.

Gewählt wird im 4-Jahresrhythmus alle 2 Jahre, die Landes- und Gemeindewahlen fallen weg, so ist dieser Rhythmus zumutbar. In der ersten Wahl, nach 2 Jahren, wird die Regierungsarbeit bestätigt oder wenn die Zustimmung unter 50% liegt, werden Neuwahlen ausgeschrieben. Nach dem vierten Jahr gibt es immer Neuwahlen mit neuen Programmen und Zusammensetzungen. 80% der Nationalratsmitglieder aller Parteien (jene über die Mindestquote von 5%), also 120 gewählte Volksvertreter, stellen die Regierung, die Regierungsbildung (Kanzler und Ressortverteilung) obliegt der stärksten Partei. Die Opposition bilden die restlichen 20% und das Volk, das alle 2 Jahre bestimmen kann in welche Richtung es gehen soll.

Mit der Zusammensetzung des Nationalrates aus den Verwaltungsbezirken (vormals Ländern) wären die Regionen im Nationalrat besser vertreten und wir kämen der in der EU angestrebten Regionalpolitik ein gutes Stück näher. Die Nähe zum Bürger erfolgt mit Bürgerbüros in den Ballungszentren, oder mobilen Einrichtungen zu entlegenen Gebieten. Größere Verwaltungseinheiten (Region Ost, Süd, West) haben den Vorteil, dass sie zum einzelnen Bürger anonymer sind, denn oft wirkt ein Naheverhältnis in kleinen Einheiten (vormals Gemeinden) dem Gemeinwohl entgegen. Es ergibt sich ein großes Einsparungspotential das wieder gerecht und sinnvoll umverteilt werden kann, mit einher mit dieser (jeder) flachen Regierungsorganisation steht die Verringerung der Proporzmöglichkeiten, somit ergibt dieses mehr Chancengleichheit für den Einzelnen.

Einführung der elektronischen Bürgerkarte mit Multifunktion, Funktionsintegration in PCs, Handy und deren Multi-Funktions-Nachfolger. Eine Erleichterung auf allen Gebieten.

10) Zukunftskriminalität ins Strafrecht (lt. Der Chaos-Schock v. Mittelstaedt)

Wenn jemand zur Erzielung wirtschaftlicher Gewinne oder zur Konsumsteigerung aus dem Lebensraum wehrloser künftiger Generationen im Übermaße Lebensgrundlagen entnimmt oder diesen nachhaltig beschädigt oder gar zerstört, so ist das ebenso ein klarer Fall von Kriminalität: Zukunftskriminalität! Beispiele; Ausverkauf von Unternehmen, Banken, Wasser und andere Ressourcen, oder; es gibt PKW aller Größen und Komfortstufen. Ein Normverbrauch von z.B. 5 (7) Liter per 100 km wird zugrunde gelegt. So wird aus der globalen Situation jeder Tritt ins Gaspedal, ein Tritt gegen die Natur, somit gegen die Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Zulassungsbehörden lassen auch Fahrzeuge zu, die weit mehr Kraftstoff verbrauchen als die Norm, daraus resultiert eine behördliche Beihilfe zur Zukunftskriminalität. Mittelstaedt beschreibt in diesem Zusammenhang einen Vorschlag;

Die Effizienzrevolution, „Faktor Vier“ Revolution:

Aus dieser leitet sich eine Vervielfachung der Ressourcenproduktivität ab. Viermal soviel Wohlstand heißt jedoch zweimal mehr Menschen im Wohlstand und gleichzeitig den Naturverbrauch halbieren. Dazu müssen verschwenderische Gruppen ihr Wert- und Handlungsmuster korrigieren und den Verbrauch entsprechend reduzieren. Um dieses umzusetzen beschreibt er auch einen Moralkodex für PolitikerInnen: Ihre Arbeit ist ihnen eine selbstlose und heilige Verpflichtung; Ihr Tun geht gründliches Nachdenken voraus und sie lassen Kritik zu; Sie sind Erzieher der Öffentlichkeit und sie beachten die langfristigen Auswirkungen ihrer Entscheidungen.

C) Umweltmaßnahmen:

1) Geisteshaltung, Bewusstseinsbildung:

Wir leben derzeit in einer Spiel- und Spaßgesellschaft, in einer so genannten Wohlstandsgesellschaft. Die westliche Welt (der Norden) beutet zu ihrem Wohle an allen Ressourcen der Erde. Einigen wenigen von uns geht es materiell gut, leider verkümmert dabei unser Empfinden und unsere Ethik. Lobbyismus beherrscht die Welt, die Bürger diesen unterjocht. Es ist bedrohlich wie Bündnisse, insbesondere Geheimbündnisse die Freiheit und vor allem die Chancengleichheit dem einzelnen Bürger rauben, wie sie ihre Macht für ihre Interessen organisieren und alles Geistige Kapital eines Volkes und des Einzelnen unterdrücken. Diese Bündnisse soll eine moderne freie Gesellschaft meiden und sich von allen Hemmnissen und Jochen befreien, je früher dieses passiert desto humaner wird es ausgehen.

Materielle Güter beherrschen den Zeitgeist. Mag sein, dass dieses ein evolutionärer Schritt ist, verkürzen wir dieses Ungemach durch gemeinsame geistige Anstrengungen.

Der Mensch ist in einer schwierigen Situation. Die Männer- und Frauenwelt steht im Umbruch, Frauen emanzipieren sich und drängen in die Domänen der Männer. Männer sind um die Gunst der Frau stets bemüht und daher sehr gefordert, Frauen sind sich der Macht ihres Schoßes bewusst. Der Mann ist gezwungen sich um die Gunst des Weibchen Schoßes zu prostituieren. Diese Männerprostitution hat Auswirkungen auf alle Ressourcen, er kauft sich - auch als Vitalitätsersatz - das größte Auto, die besten Schuhe, das feinste Hemd, den teuersten Ring, den geilsten Wecker und beschenkt sein derzeit umworbenes Weibchen mit vielen Utensilien. Wirtschaftliche Macht und Stellung betören die Frauenwelt, gerade deswegen aber wird diese von den Männern hart - der Frauen Werbung (Gunst) wegen - verteidigt, sodann der Zugang zu Positionen und Vermögen den Frauen - solange sie es als wichtig und betörend empfinden gerechter weise - vorenthalten. So ist es, dass Frauen in unzureichenden Jobs darben, oftmals gar ohne Einkommen dastehen, so müssen sie sich den Männern prostituieren.

Um sich diesen Pomp zu leisten prostituiert sich der Mann vorerst immer an den ihm mächtigeren Vorgesetzten oder gesellschaftlich Stärkeren. Er verkauft seine Seele, seine Persönlichkeit, ereifert sich nickend und heuchelnd die Gunst der Obrigkeit und seine Position, mit dieser verkauft er Volksvermögen, verkauft sein ihm unterstehendes Unternehmen damit vielleicht er selbst, für ein paar Jahre, im Vorstand des Übernehmers aussitzen darf. Das wirtschaftliche Sagen haben natürlich die Manager in der Übernehmergesellschaft. *Solche Menschen mit Marketing-Charakterstrukturen werden selbstlose Werkzeuge, sie handeln primär im engen Kontext ihres eigenen Egos (lt. Der Chaos-Schock v. Mittelstaedt).*

Sehr viel hart erarbeitetes Volksvermögen wird aus diesem Verhalten vernichtet oder an die an der Volksleistung antizipierenden kapitalmächtigen Personen verschertelt.

Andererseits sind sich die Frauen ihrer Macht bewusst, evolutionsbedingt suchen sie sich aber nur den vermeintlich stärksten Mann. Auch wenn sie Kraft ihrer Bildung, ihres Einkommens, Selbstversorger wären, so ist es einer Frau abwegig einen Mann „unterer Karste“ zu akzeptieren. Es missfällt jeder Frau in Gesellschaft, wenn sie untereinander über ihre Männer bekunden nicht gebührend über die ihrer Männer

Macht und Stellung antworten zu können. Findet eine emanzipierte Frau keinen entsprechenden Partner sucht sie, wie auch der Mann aus anderen Motiven, im Konsum nach Ersatz, sie kaufen sich Pelze und dicke Autos. Würden sich diese Vitalitätsgebärden, auch unserer Fortpflanzung und des Generationenvertrages dienlich, nur im Lendenbereich erstrecken, wäre das um vieles umweltfreundlicher. Mit einer ethisch gerechten Umverteilung hätte jede Familie ein schönes Leben und ein gutes Auskommen mit ihrem Einkommen.

Sehr viele Ressourcen gehen aus diesem Verhalten verloren, werden unnötig verbraucht, belasten die Umwelt schwer.

Man denke an die Knappheit der Ressourcen, an die Verschwendung, mit einher an die Umweltverschmutzung. Ein wenig Änderung in unserer Geisteshaltung (Paradigmenwechsel) macht es aus, aus diesem Ungemach herauszukommen. Bis zur evolutionären Reife soll dafür wiederum ein Weisenrat Beschränkungen erlassen. Der Mensch ist zu schwach diesen Verlockungen (z.B. Versorgungsgenüsse, dicke schnelle Autos, Pomp) zu widerstehen, denn ganz labile Charaktere kaufen sich den Pomp auf Pump, oft bezahlt dann im Konkursfall die Allgemeinheit das „in Gold aufgewogene“ Persönlichkeitsdefizit.

2) Technische Umweltmaßnahmen:

2.1) Energiegewinnung aus Licht und Sonne

Einer Überlegung müsste es wert sein alle Dachflächen mit wärmeaufnehmenden Dachziegeln auszustatten, so eine Art gewölbte Glasziegel mit Bündeleffekt eines Taschenlampenglases (mit so einem kleinen Glas entzündet man fast jedes brennbare Material), darunter Wärmeleitende Technik mit guter Isolierung als Brandschutz für Dachstuhl und Wohnraum. Die daraus gewonnene Energie könnte für die Warmwasseraufbereitung und - in Zukunft sicher notwendig – für die Kühlung (Klimaanlage) verwendet werden. Je heißer es ist, desto mehr Energie, desto besser für die Klimaanlage und Warmwasseraufbereitung. Wenn diese neuen Dachziegel in Menge industriell gefertigt werden, sind sie unwesentlich teurer als die Herkömmlichen. Auch im Winter könnte der Bündeleffekt dieser Ziegel durchaus gute Energie für Warmwasser und Heizung abgeben. Zu diesem einfachen Ziegeln gäbe es die Fotosynthese und die Sonnenkollektoren weiter zu entwickeln, auch dieses verspricht viel Energiegewinnung. Energieüberschuss könnte ins Netz, über den Hausanschluss zurückgegeben werden. Diese Ziegel kann man natürlich auch in geänderter Form auf mehreren Gebieten (Kühlwagen, Tiertransporte, Gewächshäuser, usw.) einsetzen. Mit einer Bauverordnung wäre auch die billigere Massenproduktion gesichert. Bestehende Dächer müssten umgerüstet werden. Wichtig ist, dass die Energieerzeugung und Gewinnung breiter angesiedelt wird damit bei einem Leitungszusammenbruch nicht alles stillsteht und finster wird. Bei Kaminkraftwerken, die in Pilotprojekten in der Wüste entstehen, hätten diese Glasziegel mit Bündeleffekt zur Luftaufheizung beste Wirkungsgrade, der daraus entstehende Luftstrom im Kamin würde damit eine größere Geschwindigkeit erlangen als mit flachen Glasplatten.

2.2) Kleinere Autos

Wie in obigen Ausführungen ad Geisteshaltung beschrieben, werden Unmengen an Ressourcen als Vitalitätsersatz und Brunftgehabte verdampft. Das Elektroauto und der Klein-Pkw, Gewicht maximal 1000 kg, wären längst fällig. Die derzeitige Normverbrauchsabgabe für Benzin- und Dieselfahrzeuge ist zu gering, auch die Gewicht-

Überschreitung (Ressourcenverbrauch) muss dieser Abgabe unterliegen, echte Transportfahrzeuge ausgenommen. Ich denke, ein 1.200kg PKW soll nach heutigem Preis um 2.000 EUR mehr kosten, d. s. 10 EUR/kg Gewichtszuschlag. (Landes-) Förderungen sollen sich auch nach Gesichtspunkten der Ressourcenvermeidung richten. Unsinnige Volksbelustigungen (Auto- und Motorradrennen, Flugshows, u.a.m.) sollten kein Anliegen von Politikern mehr sein, sie sollten ganz einfach nicht mehr stattfinden.

2.3) Elektrische Kleinfahrzeuge

Um den Verkehrsverbund besser zu nutzen wären kleine elektrisch betriebene Fahrzeuge dienlich. Ein Skooter (ein Miniroller) soll weiter ausgebaut werden, mit einem 1,5-Schuh breiten Tritt- und Stehbrett, darunter einen Akku und Elektromotor mit Antrieb zum Hinterrad, am Lenker alle Schalt- und Bremseinrichtungen. Zusammenlegbar und leicht tragbar um ihn ins Büro, in jeden Bus, Tram und U-Bahn mitnehmen zu können. 1-4 fache Gehgeschwindigkeit, auch auf Gehwegen zugelassen. In Mengen gefertigt gäbe es eine kostengünstige Fertigung.

2.4) Wasserschutz

Ein Verfassungsgesetz soll alle Wasserressourcen, auch die Wasservorkommen auf Bauernhöfen und Privaten, in Österreich unter Staatseigentum stellen. Wasser muss jedem Bürger wie Luft zuteil sein, unabhängig davon von wo es geschöpft wird. Eine Wasserquelle kann nicht im Eigentum eines Bürgers stehen, weil die Quelle ein geologischer Zufall ist. Das Einzugsgebiet einer Quelle (die Niederschläge die in die Böden versickern) ist sehr groß und geht über viele Landbesitzer, sodann kann die Quelle (geologischer Zufall) nicht einem „Bauern“ gehören, somit begründet es Staatseigentum. Ein Verkauf von Wasser ins „Ausland“ kann nur mit staatlicher Aufsicht, mit 2/3-Mehrheit erlaubt sein, Wasservorkommen dürfen vorerst überhaupt nicht verkauft werden. So es einmal die Vereinten Staaten Europa gibt, wird dieses anders sein, an Private darf aber niemals verkauft werden. Versorgungsnetze und Speicher müssen wegen der immer größeren Wasserknappheit schnellstens ausgebaut werden.

Fahrlässige Wasserverunreinigung muss bestraft werden.

2.5) Luftschutz, Luftverschmutzung

Jede Vermeidung von Luftverschmutzung (Haushalt, Verkehr, usw.) soll gefördert werden, jede Verschmutzung soll extra besteuert werden. Es soll ein (kleines) Normauto (z.B. Ford Fiesta, VW Polo) geben, ein Verbrauch von höchstens 5Liter/100 km, wer darunter liegt soll beim Autokauf gefördert werden, wer darüber liegt, proportional besteuert. Dieselfahrzeuge sollen als PKW verboten werden.

2.6) Verkehr

Der Gütertransport muss über große Strecken auf die Schiene, es kann nicht sein, dass LKW von Norden nach Süden, von Osten nach Westen in ganz Europa herumfahren. Dazu sind multifunktionale Transportcontainer, die für LKW und Schiene passen, notwendig. Erst die Nahversorgung ist mit LKW durchzuführen. Große Umschlagplätze, Logistikzentren (-terminals) sind zu errichten. Sofern die Möglichkeit besteht seinen Arbeitsplatz öffentlich zu erreichen, ist diese Variante zu wählen. Städter mit Arbeitsplatz im Stadtgebiet dürfen ihr Auto an 3-Tagen in der Woche benutzen. Es soll generell die Frage gestellt werden, ob es Sinn gibt, Jogurt, Erdäpfeln, Mehl, und viele andere Dinge die überall wachsen und erzeugt werden von einem

Land zum anderen zu transportieren, ökologisch, bei gerechter Kalkulation auch ökonomisch, ein Unsinn. Ein Samenaustausch würde uns auch die Holländische Kartoffel auf unsere Teller bringen.

2.7) Schutz der Biosphäre

Wir geben vieles an Kraft und Anstrengung in unsere Konsumwelt. Wichtiger wäre endlich für die künftigen Generationen die gesamte Biosphäre zu schützen und unsere ganze Anstrengung in dieses zu geben. An oberster Priorität steht der Luft-, Wasser-, Boden- und Pflanzenschutz. Ohne guter Luft und gutem Wasser und gesunden Boden gäbe es keine Pflanzen, ohne Pflanzen gäbe es keine Tiere und keine Menschen. Wir Menschen sind das letzte Glied in der Kette, alle davor liegenden Lebewesen kommen ohne uns aus.

D) Globalisierung

Über die Globalisierung wird viel Negatives empfunden, eine Gefahr für das soziologische Gleichgewicht, eine Gefahr, die Arm und Reich entstehen lässt und somit der soziale Friede gefährdet sei. Wenn sich das einmal so bestätigt, dann ist eine rasche Globalisierung ein Segen weil dann der Leidensweg kürzer wäre. Sollte am Ende alles Vermögen nur Wenigen gehören, so sind diese rasch zu lokalisieren und eine Revolution auf diese Wenigen ist dann eine kleine aber effiziente Revolution. Wichtig ist, dass jene, die diese Revolution trifft mit menschlicher Würde behandelt werden, dass ihnen alle Bedürfnisse maßvoll erhalten bleiben. Alles zurückgeholte Vermögen ins Gemeinschaftsvermögen kann dann wieder gerecht umverteilt werden.

E) An unsere Nachkommen

1) Allgemeines

Die derzeitige Situation und die derzeitige übliche akzeptierte Lebensform, das politische System, die gesellschaftlichen Rituale sollen hiermit kurz beschrieben werden weil es für das Verständnis der zukünftigen Situation hilfreich sein wird.

Das politische System besteht aus Parteien die ihre Anhänger vertreten. Nach dem Zweiten Weltkrieg (ab ca. 1950) waren die Politik und die Gesellschaft gefordert, alle wollten wieder Frieden und Arbeit, ein besseres Leben. Diese Zeit des Wiederaufbaues hatte sehr gute Momente des Lebens, die Menschen hielten zusammen weil jeder jeden brauchte. Heute (2003) herrscht eine Klientelpolitik, jede Gruppe wird von Parteien vertreten, die stärkere, geldmächtigere Gesellschaftsschicht ist dominierend. Man hat den Blick für Fairness und Gerechtigkeit verloren.

Die kapitalmächtigen Gruppen und Personen holen sich Geld ohne Leistung aus dem Volksvermögen indem sie die Politiker und somit das Volk mit z.B. Betriebsansiedlungen locken und erpressen. Diese milliardenschweren Unternehmen bekommen Geld von Landesbudgets nur deswegen, damit sie ihr Unternehmen in dieser einen gewünschten Region aufbauen. Beahlt eine Regierung nicht, dann drohen diese Mächtigen mit der Betriebsabsiedlung wodurch wieder viele Menschen arbeitslos werden würden. Der erwirtschaftete Gewinn den die Unternehmen einmal von den dort arbeitenden Menschen haben werden ist ihnen nicht ausreichend. Vieles Geld wird schon vorher bezahlt, oft sind die Steuerleistungen viel geringer als das vorab, ohne Leistung, abgeschöpfte Geld. Die zuständigen Politiker finden diese Vorgehensweise durchaus gerecht und notwendig weil sie sich wiederum der nächs-

ten Volkswahl stellen müssen und damit bekunden was sie alles für die Bürger erreicht haben, der Bürger denkt hier nicht über alles nach sondern lässt sich blenden.

Die Mächtigen machen sich ihre, vom Volk ausgeliehene Macht zu eigen, zum Nutzen ihrer persönlichen Vorteile, schöpfen übergebührend am Volksvermögen, und betreiben eine Lobby zu ihren Gunsten und der Gunst ihrer Verwandten, sie betreiben einen beispiellosen Proporz.

Ideen aus dem Volke, dem Bürger, werden unterdrückt, gemobbt, nicht angenommen weil es nicht ihre eigenen Ideen sind oder weil diese Ideen an den Pfründen der Mächtigen Personen und Bündnisse kratzen würden.

Die Mächtigen haben sich selbst eine Welt geschaffen die Arm und Reich entstehen lässt ohne Rücksicht, dass dieses einmal zu Unruhen führen wird. Es kann aber sein, dass jene die dann in Armut leben keinen Widerstand leisten, weil sie keine Kraft mehr haben und nur mehr vor sich hilflos dahin vegetieren. Diese Armut ist wahrscheinlich beabsichtigt und Teil dieses jetzigen und vor allem kommenden Systems.

Der freie Studienzugang wird mit Armut untergraben, studieren können bald nur mehr Kinder aus reichen und einflussreichen Familien. Diese werden dann dieses System weiter zu ihrem Vorteile verteidigen und noch weiter ausbauen und noch mehr am Volksvermögen ohne Leistung schöpfen.

Unsere Nachkommen werden somit eine Welt vorfinden die ihnen unsozial und ungerecht erscheint. Wichtig ist, dass sie sich immer über das Vorhandene Gedanken machen und Fragen stellen ob das Vorgefundene gottgewollt ist oder von Menschen gemacht. Wenn Personen im Übermaße reich sein sollten, die weit über dem Durchschnitt liegen, dann sollen sie daran denken ob dieser Reichtum mit ihrer eigenen Leistung erarbeitet werden konnte. Ist dieses dann mit NEIN zu beantworten so werden jene womöglich über Generationen am Volksvermögen über gebührend geschöpft haben. In diesem Falle ist eine Rückholung ins Gemeinschaftsvermögen gerecht und notwendig und es braucht sich niemand dafür schämen dieses zu fordern und auch zu tun. Wichtig ist wiederum die ethische Gestaltung der Rückholung, die menschliche Würde darf dabei wiederum nicht verletzt werden. Zukünftige Revolutionen sind sanfte Revolutionen, hoch geistige Revolutionen, in ihrer Zielerreichung aber unmissverständlich, rasch und wirksam. Jeder Betroffene muss vorher die Chance bekommen, sich jener Gesellschaft anzuschließen die sich dem Gemeinwohl verpflichtet.

Wenn Personen sehr arm sind ist zu fragen warum sie arm sind. Wenn sie wenig – womöglich über Generationen - für ihre Leistung bekamen, so ist ihnen dieses Unrecht zu lindern und ihre Situation zu verbessern.

Eine humane Revolution richtet sich nicht primär den Reichen persönlich, sie passiert im Hinblick der Güter und des Geldes. Die Güter werden von den Reichen friedlich in Gebrauch entnommen, geschaffen wurden sie ja vom Volk mit deren Leistung. Paläste, Wohnungen, Wälder werden genommen und vom Volke verwaltet. Ob diese Paläste und Wälder auf dem Papier einen Mächtigen gehören ist nicht wesentlich, wichtig ist, dass das Volk diese Paläste nutzt, in Form einer günstigen Wohnnahme, oder in Form von günstigem Brennmaterial oder Bauholz. Geld wird dann nicht mehr so wichtig sein weil sich jeder maßvoll nehmen kann was er braucht. Das

kann so weit gehen, dass der reiche Nachbar sein Haus und sein Essen teilen muss wenn er Besuch bekommt, sodann wird er immerwährend Gesellschaft haben, das wird ihm, wenn er es versteht, freuen. Wichtig ist, dass diese Art von Revolution schon jetzt (2003) beschrieben wird, damit es schon jetzt sinnlos erscheint allzu viel und über Gebühr am Volksvermögen zu rauben und für die Nachkommen der Reichen Unmengen an Reichtum zu horten, zumal dauernde Besuche auch etwas nerven. Diese Nachkommen könnten es womöglich dann auch nicht verstehen weil sie über Generationen derart sozialisiert wurden und sie werden ihre Situation als gottgewollt ansehen, vor diesem Irrtum sollen sie geschützt werden.

2) Völkerwanderung

In der westlichen Welt werden schon seit langem weniger Kinder geboren. Die Einwanderung aus den Nahen Osten ist derzeit im Gange. Für (uns und) unsere künftigen Generationen ist es wichtig unseren Lebensraum als den unseren zu erhalten, zu schützen und sich von der Einwanderung nicht überlaufen zu lassen und wachsam über die Motive der Einwanderer sein. Derzeit wird noch nicht über die schleichende Vereinnahmung des Westens (nicht Moslems) von den Osten (Moslems) befunden. Der Westen lebt in einer offenen Gesellschaftsordnung und freien Geisteshaltung und ist sich über die wahren Motive mancher Einwanderer (Moslems) noch nicht bewusst oder es hindert die freie Geisteshaltung das zuzugeben. Vorsicht vor Denjenigen, welche ihre östlichen Traditionen bei uns mit Vehemenz beibehalten möchten. Das sind in der Regel Vorboten die einmal unsere Nachkommen, die in mehreren Generationen wegen der geringen Kinderzahl eine Minderheit sein werden, unterdrücken werden, dem gleichzustellen sind die vormals Weißen Einwanderer in den Indianerreservaten, wir dürfen diese Geschichte nicht vergessen, damals waren wir (unsere Rasse) die Unterdrücker und wir haben ein Volk fasst zur Gänze ausgerottet. Die gezielte Revolution der Einwanderer über die Geburtenrate soll uns bewusst sein. Eine morgenländische Familie hat 5 Nachkommen, diese dann wieder 5 Nachkommen, usw. Eine Mehrheit in unserer Bevölkerung wird mit den derzeit anwesenden Morgenländern in 2-4 Generationen erreicht. Haben diese dann die politische Mehrheit und das politische Gestalten, dann werden unsere Nachkommen unseres eigenen Landes verdrängt werden. Eine Flucht, sofern sie noch flüchten können, ist die Folge, danach entsteht der alles entscheidende 3. Weltkrieg, der nur mehr mit schweren Atomwaffen gewonnen wird, die Biosphäre aber zerstört. Ein Ausweg dazu wäre, schon jetzt, mit Erkennen der Motive der Einwanderung oder Unterwanderung aus dem Osten, darauf eine entsprechende Gesetzgebung für die Integration der Einwanderer in unser Gesellschaftssystem zu erlassen. Jene die bei uns leben wollen, müssen unsere Gesellschaftsform annehmen, denn wenn z. B. wir im nahen Osten am Stand FKK liegen, werden wir eingesperrt, insofern ist es gerecht und legitim den Einwanderern in diesem Sinne unsere Gesellschaftsordnung beizubringen, jene, die wider aller Vernunft ihre (religiösen) Traditionen leben wollen werden wieder dorthin gelobt wo sie es leben dürfen, oder müssen.

F) Medien

Alle Medien werden in Zukunft eine noch größere Aufgabe und Verpflichtung gegenüber dem Bürger haben als sie es derzeit wahrnehmen. Der Bürger nimmt wahr wenn Medien eine politisch unterdrückte Berichterstattung servieren. Man denke an jene Berichterstattungen welche man vernehmen und aufmerksam verfolgen kann, wo zu Mitternacht eine offene Berichterstattung betreffend politischer Vorgänge geboten wird, in der Früh „abgeschwächt“ oder gar nicht mehr berichtet werde, das

nimmt der einfache Bürger sehr wohl wahr und zieht daraus Schlüsse. Medien werden in die Pflicht genommen, einen Beitrag zum Wohle der Bürger zu leisten, unabhängig von Politik und Lobbyismus. Berichterstatter und Autoren haben offen, ohne Vorbehalte und Einschränkungen zu berichten und dem Bürger die Wahrheit zukommen zu lassen, wenngleich das Wahrheitsempfinden nicht einfach zu werten ist. Wichtig ist, dass alle Handlungen betreffend eine Zukunftskriminalität dem Volke vermittelt werden und das Volk, der Bürger, dazu sensibilisiert wird, damit sich das Verhalten des Bürgers dem Gemeinwohl bilden und ausrichten kann.

G) Arbeiter und Angestellte und Unternehmer

Derzeit herrscht ein 3-Klassen System. In Zukunft, und dafür gilt es zu kämpfen, müssen diese Unterschiede weg. Eine Diskussion die momentan läuft zeigt in die richtige Richtung, es sollen mehr Unternehmen gegründet werden, das Unternehmertum muss forciert werden. Dann gibt es noch Ansätze einer Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmen; diese beiden Visionen gilt es auszubauen und zu vollenden.

Arbeiter müssen ihr Unternehmen, wenn es vordergründig anscheinend nicht mehr rentabel ist selbst in die Hand nehmen können, ihnen muss per Gesetz die Möglichkeit geboten werden in Selbstverwaltung das Unternehmen fortzuführen. Dazu bedarf es die Möglichkeit das Management zu stürzen, die Eigentümer zu ignorieren, oder anders gesagt, weil das Unternehmen unrentabel wurde, ist es anständig wenn das Management anstatt das Schloss zuzusperren den Schlüssel an die Belegschaft übergibt, damit sich diese dann noch einmal beweisen kann.

Weil aber eine Sanierung immer Kräfte raubend ist soll es eine komplett neue Unternehmensstruktur in Zukunft geben. Jeder Arbeiter und Angestellte ist Unternehmer, ist Belegschaft. Von dieser Belegschaft wird die Führungsgruppe gewählt oder abgewählt. Eine gute Führung wird die Belegschaft halten weil es damit alle gut geht. Ist eine Führung schlecht so wird intern oder extern eine neue Führung – vielleicht aus der nächsten Hierarchieebene – hervorgebracht, herausgeschält, die derzeitige Führung in Funktionen darunter abgewählt oder hinaus gewählt. Damit bestimmt auch die Belegschaft das Gehaltssystem per Abstimmung. Wenn eine Firma in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steht, werden sicher alle Anstrengungen unternommen um diese Firma zu halten und es werden mit Sicherheit Gehaltskürzungen als letzter Ausweg solidarisch mit gleichem Prozentsatz hingenommen. Ein viel freieres Regelwerk für Marktanpassungen wäre möglich.

Die Firma ist in guten Zeiten verpflichtet die Hälfte des Gewinnes als Rücklagen in Wertpapieren anzulegen damit in schlechten Zeiten diese als Besicherung zu den Banken dienen.

Bei neu zu gründeten Firmen, oder wenn das Eigenkapital bei Übergang in die Selbstverwaltung entnommen wird, geben das Eigenkapital die Banken, auch heutzutage werden die Unternehmen mit „Bankgarantien“ gegründet, wirkliches Privatvermögen wird selten bis nie verwendet. Mit den zukünftigen Gewinnen ist das Eigenkapital den Banken oder den „alten Eigenkapitalgebern“ abzulösen. Eine Eigenkapitalquote bis durchschnittlich 40% ist aufzubauen, vorher darf nichts entnommen werden. Ausschüttungen bekommt jeder Mitarbeiter in gleiche Nominale, ein guter Ansporn Leistung zu erbringen. Die Haftung erfolgt wie gehabt, mittels Grund- oder Stammkapital.

Bei Überschuldung ist das Unternehmen zu sanieren, wenn erfolglos dann ist das Unternehmen aufzulassen. Das Rechnungswesen muss jederzeit, auch bei jeder Kreditbewilligung, die Darstellung des Vermögens und der Schulden zu Marktwerten leisten.

Eine größere und transparente Abschlussicherheit muss Gesetz werden. Bewertungsspielräume müssen Großteils abgeschafft werden. Die herkömmlichen Abschlüsse mit Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und den indirekten Cashflow Statements müssen um eine direkte Geldflussrechnung mit Bank Anfangs- und Endbeständen (Bankenspiegel) und aller dazwischen liegenden Finanzmaßnahmen erweitert werden. Eine „erweiterte Zahlungsstrom-Ergebnisrechnung“ aus dieser direkten Geldflussrechnung ist abzuleiten. Den leistungsgerechten operativen Ein- und Auszahlungen (also ohne Lagerauffüllungen und Investitionen usw.) müssen noch die aliquoten Investitionen also die Abschreibung und der Wareneinsatz aus den Lagerabfassungen hinzugerechnet werden, die erhaltenen Anzahlungen aufgeteilt in ordentliche (sind dann operative Einzahlungen), also in jene wo eine äquivalente Leistung gegenübersteht, und in außerordentliche, also in reine Anzahlungen wo noch keine Leistung gegenübersteht; den fortgeschrieben Leistungen sind diese Anzahlungen entsprechend vom außerordentlichen zu den ordentlichen Anzahlungen (sodann Einzahlungen) umzubuchen. Entsprechend zu bereinigen sind auch die gegebenen Anzahlungen. Besser wäre noch, dass Anzahlungen immer als Ein- und Auszahlungen gelten und nur mehr entsprechend den Leistungsfortschritt gegeben oder empfangen werden dürfen. Das Jahresergebnis ergibt sich aus dem Durchschnitt des/der vorangegangenen Jahre/s und dem laufendem Jahr damit eine Glättung der Halb- und Fertigfabrikate erreicht wird (bei Gründung nur das erste Jahr, Glättung wird in den folgenden Jahren aufgerollt). Eine Bewertung dieser Bestände und die Bildung von Rückstellungen und Wertberichtigungen sind somit nicht mehr notwendig, ein mittels Programm automatisch generierter Jahresabschluss wäre aus der Finanzbuchhaltung möglich. Die Besteuerung erfolgt aufgrund dieses gewonnenen Zahlungsstrom-Ergebnisses und nicht mehr über das Ergebnis der herkömmlichen Gewinn- und Verlustrechnung.

Betreffend die Steuerleistungen müsste dieses System im Hinblick des Einmaleffektes (Vorlauf- oder Nachlaufwirkung) vom Finanzministerium errechnet/untersucht werden, nach der Umstellung müsste das Steueraufkommen wieder gleich bleiben. Da es keine Steuer schonenden Bewertungen, Rückstellungen und Wertberichtigungen mehr gibt müsste dies ein einmaliger Steuervorteil für den Bund sein, es sei denn die gesellschaftlich (börsliche) Gewinndarstellung überwiegt dieses, das glaube ich aber eher nicht. Jedes Unternehmen muss die Geschäftsgebarung lückenlos über Bankkonten abwickeln, die Banken müssen die Kontos und Kontenstände der Firmen dem Finanzamt bekannt geben, die Unternehmen müssen die Bankständeentwicklung integriert mit der detaillierten Ein- und Auszahlungs- Ergebnisrechnung dem Finanzamt mittels Datenträger übergeben, sodann wäre mit gewissen Prüfroutinen die Prüfung wenig Aufwand und kann stetig/jährlich erfolgen. Herkömmliche Finanzamtsprüfungen wären nicht mehr notwendig.

Die gesamte Belegschaft wird sehr motiviert und sehr wachsam ihre Unternehmensentwicklung verfolgen. Ob es dann noch eine Arbeitgebervertretung und eine Arbeitnehmervertretung bedarf, wenn Alle Unternehmer und Hackler in Person zugleich

sind weiß ich nicht, die Zugehörigkeit / Zurechenbarkeit wird ein wenig schwierig; sicher ist wieder ein großes Potential was gerecht umverteilt werden kann.

Derzeit werden viele Unternehmen ans Ausland verkauft und alle Entscheidung über die Unternehmung liegt in ferner Hand. Viel vom Bürger erarbeitetes Vermögen und Kapital geht dem Volke dadurch verloren. Es ist legitim und gerecht wenn die Bürger jedes/ihr Unternehmen in Selbstverwaltung nehmen und bestimmen was damit passiert. Sollen die Konzerne durchaus in Billiglohnländer abwandern, das Know-how, die Maschinen, die Arbeitskraft liegt in unser Belegschaft. Warum produzieren und verkaufen wir einfach nicht weiter (aktuell Firma Carrera) wenn der „Unternehmer, der Eigentümer“ geht, soll er doch gehen, der beste und günstigste Zeitpunkt zur Weiterführung und zum Übergang zur Selbstverwaltung.

Das Recht auf Arbeit soll erweitert werden. Es ist ein Volkswirtschaftlicher Unsinn wenn die Arbeitslosen ihre Leistungskraft ins Volksvermögen nicht einbringen dürfen. Es wäre gut wenn jene die Arbeit haben – um die Lohnsumme zu halten - ein wenig vom ihrem Gehalt verzichten und damit Arbeitslosen eine Chance zu geben. Es gibt ca. 5-7% Arbeitslose, ein Gehaltsverzicht um 7% tut niemandem weh. Die eingebrachte 100%ige Leistung von allen Arbeitslosen aber ein großer Volkswirtschaftlicher Gewinn, zudem noch die sozialen und ethischen Vorteile für die Gesellschaft. Arbeitslose werden zunehmend von der Gesellschaft ausgegrenzt und verstoßen.

H) Bargeldlose Gesellschaft

Die zukünftigen elektronischen Möglichkeiten werden uns noch vieles erleichtern. Der bargeldlose Zahlungsverkehr, jetzt schon mit e-bay in Ansätzen vorhanden, soll ausgebaut werden. Grundsätzlich stellt sich die Frage ob nicht eine vollkommene bargeldlose Gesellschaft möglich wäre. Jeder Bürger hat zur Personenbesteuerung sein Bürgerkonto im Bundesrechenzentrum, wie schon derzeit jeder Pensionist und alle Steuerkonten der Bürger vorhanden sind. Weiters ist jede Firma und jede private Person neben den Banken auch über dem Wohnsitzfinanzamt durch die leistungsstarke CNA-Leitung elektronisch via PC oder Handy mit dem BRZ-Großrechner verbunden. Damit können alle Geldtransaktionen - in Zukunft bargeldlose Kontobewegungen - erfasst werden. Alle Leistungen werden nur mehr auf Leistungskonten bewegt, diese Leistungskonten sind in den jeweiligen Banken und im BRZ-Großrechner installiert. Anzustreben ist eine lückenlose (Geld-)Leistungsbewegungserfassung, vom einzelnen Bürger und von jedem Unternehmen. Mittels erweitertem Pager oder Multifunktions-Handy könnte man überall und jederzeit vor der Konsumtion auf dem Käufer- und Verkäuferkontos ab oder aufbuchen. Der Kellner, die Kassiererin registriert die Einbuchung aufs Kaffeehaus-Konto, der Konsument hat seine Abbuchung mit aktuellem Kontostand auf seinem Pager oder Handy. Der Unternehmensgeldverkehr passiert nur mehr über die Finanzbuchhaltungen auf die jeweiligen Leistungskonten, schnelle Zahlungen (im Bau) werden über Handy oder Pager veranlasst.

Alle Gehaltsbuchungen/ -zahlungen laufen zuerst in Brutto über den Rechner des Bundesrechenzentrums. Nach jedem Besteuerungslauf gehen die Steuern direkt auf das Haushaltskonto des Bundes, die Nettobeträge auf die jeweilige Bank. Eine Prüfung der Deckung mit dem jeweiligen Leistungskonto der Firma und/oder Überziehungsrahmen bei den Banken soll stattfinden, bei genügendem Leistungskontostand oder/und bei Freigabe der Bank können diese Gehaltsbuchungen für die Besteuerung bearbeitet werden. Dazu wäre eine Lohnsteuervereinfachung hilfreich. Mit

einem stetigen Banken- versus BRZ -abgleich wäre neben einer lückenlosen Unternehmensbesteuerung mit der vorher beschriebenen Gewinnermittlung nach „erweiterter Zahlungsstrom-Ergebnisrechnung“ auch eine lückenlose Personenbesteuerung maschinell möglich, was große Einsparungen und Sicherheiten bringen würde. Die elektronische Sicherheit muss mittels zentraler Großrechneranlagen in Banken und im BRZ gewährleistet werden.

Die Buchhaltungs-Kontierungen könnten derart fein abgestimmt/angefordert werden, dass mit dem Abruf der Kontobewegungen die Buchungen ordnungsgemäß in die FIBU und in die KORE gehen könnten, Splittbuchungen müssten jedoch noch durchdacht oder intern umgebucht werden.

Die Vorteile dieser bargeldlosen Gesellschaft wären eine geringere Kriminalität, Schwarzgelder und den Koffertausch im Stephansdom gäbe es nicht mehr, „Schwarzbuchungen“ können besser nachgestellt/ -verfolgt werden, Schwarzarbeit könnte erhoben und einfach besteuert werden. Somit würden auch die Gelder auf die Prätze (aufs Handerl) wegfallen. Wenn so eine elektronische bargeldlose Gesellschaft funktionieren würde wäre das ein Quantensprung in einer ordnungsgemäßen Geschäftsgebarung. Diese Vision hat reelle Chancen weil sie im Interesse des Staates liegen müsste. Wie sich dann die Gelddiebe behelfen weiß ich nicht, vielleicht mit angehaltener Pistole die Kontoumbuchung veranlassen, aber er ist halt selbst mit jedem Konto registriert, gut (schlecht) irgendwie.

Wenn man diesen Gedanken dann weiter treibt könnte ein Gebarungsausgleich am Ende des Jahres gefahren werden, so eine Art Steuerausgleich mit umgekehrten Vorzeichen, eine Art Konto-Nachmeldung der Bundesbürger, ich sehe hier die leuchtenden Augen des Finanzministers wenn er den Großrechner anwirft. Ist der Bundeshaushalt (das ist unser aller Haushalt) im aktuellen Jahr im Minus wäre dieses Jahresminus in der selben Steuerprogression, wie die Besteuerungen unterjährig abgerechnet wurden, oder mittels einem Prozentsatz des Bruttojahresbezuges (im Hinblick Personenbesteuerung), der Jahresgewinne der Firmen, aufzurollen und von den Konten abzubuchen. Es gäbe damit keine Neuverschuldung mehr, der Druck auf sparsames Arbeiten im Bund wächst enorm, die Bürger werden sich nur mehr weniger jedoch gute Politiker leisten wollen, dazu beschrieben die neue Form des Nationalrates mit dem neuen 2-Jahres Wahlzyklus, auflösen der Länder und Gemeinden um vieles zu vereinfachen, einführen der Volkspension, niemand wird mehr die über Gebühr bezahlten Pensionen goutieren, und so weiter und so weiter; revolutionär! und, man wird diese enorme Leistung/Anforderung per Gesetz dem BRZ beauftragen, somit erspart sich die Sektion VI den Geschäftsführer in der neu in Gründung befindlichen Vertriebsgesellschaft der BRZ zu genehmigen; jetzt wird's aber kleinlich.

Wenn man alle diese elektronischen Möglichkeiten in Zukunft nutzen wird, ist es unwahr, dass mit dem Geburtenknick die Arbeitslosigkeit in 10 Jahren zurückgeht, sie wird bei der herkömmlichen Wirtschaftspolitik enorm steigen, das sind dann die Grenzen des Neoliberalismus, der freien Marktwirtschaft. Arbeitslosigkeit wird immer nur mittels einer ethischen Politik bekämpft werden können. Das führt dann, wenn wir die Ethik schaffen, zur 30-Stunden Woche, eine schöne Zukunft irgendwie, schaffen wir diese Ethik nicht, gibt es fürchterliche Bürgerkriege und Gehässigkeiten.

Wichtig ist, dass obige Gedanken von wegen des Bürger- und Unternehmenskontos bei der Finanzverwaltung, dem BRZ schon jetzt umgesetzt werden können und dass

man nicht auf das Geldlose Zeitalter (jetzt aber bitte nicht missverstehen) eben ersetzt durch das Leistungskonto mit der Maßeinheit EURO, gewartet werden braucht.

I) Schlussbemerkung

Obige Beispiele sind keineswegs erschöpfend, ausdrücken möchte ich hiermit, dass in Zukunft vieles getan werden kann was Sinn ergibt und Grundregeln dafür sollen im Konvent festgeschrieben werden. Wir haben den so genannten Wiederaufbau hinter uns, leider haben wir auf diesem Weg sehr viele Umweltsünden begangen. Es ist jetzt an der Zeit, diese Umweltsünden wegzubringen, verlorene Umwelt wiederzugewinnen, so eine Art Wiederaufbau der Umwelt und eines ethisch sozialen Umfeldes. Wir selbst können es uns so herrichten wie wir es wollen, wir selbst können zum Weltfrieden beitragen. Die oft vorschnellen Äußerungen, wir leben in einer globalen Welt, sind von allen und überall abhängig lasse ich nicht gelten. Dass wir durch den Ausverkauf unserer Unternehmen, Banken, durch das Vergeuden von Ressourcen abhängig wurden, ist eine Umweltsünde die wir begangen haben, dieses gilt es eben wieder herzustellen. In diesem Sinne soll mein Beitrag gewertet werden.

Betreffend die strengen oder ironisch-heiteren Ausführungen; ernstes Nachdenken soll Spaß machen..., überzeichnete Passagen (Provokationen) sind mir ein Mittel zum Wachrütteln; stellen aber keine Diskriminierungen dar, sind jedoch ernst gemeint.

Engelbert Weißenbacher

eweissenbacher@aon.at